

kommen. Die Arbeit der Glaubensboten wurde Gegenstand harter Kritik, die sich bis in die höchsten kirchlichen Stellen bemerkbar machte. Wozu sollte man so zahlreiches Missionspersonal und so große Hilfsquellen für eine Handvoll Menschen (man schätzt heute 20 000 Eskimos im Hohen Norden Amerikas, während man früher 40 000 schätzen zu müssen glaubte) mobilisieren, während anderswo Millionen auf Priester warten? Da griff Pius XI. ein, der seit seiner Jugend die Versuche zur Erzwingung der Nordwestdurchfahrt durch das Eismeer studiert und sich auch später alle Neuerscheinungen wissenschaftlicher Natur über die Polarwelt angeschafft hatte. Er spendete dem Bischof Breynat von Mackenzie eine große Geldsumme und schrieb dazu: „Zögern Sie nicht, Ihre Oblaten bis an die Grenze der bewohnten Erde zu senden, wo auch nur eine Eskimofamilie lebt. Lassen Sie sich nicht zurückhalten, weder durch Schwierigkeiten noch durch Einwände, auch nicht durch die geringe Zahl derer, die dort zu missionieren sind. Diese Seelen sind um so bemitleidenswerter, je geringer ihre Zahl ist, je furchtbarer das Klima, unter dem sie leben, je unzugänglicher die ungeheueren Weiten sind, in denen sie zerstreut wandern. Und wenn Sie nicht zu ihnen gehen, geht niemand hin.“

Die Missionen nahmen dann einen Aufschwung. Die Berufe und die Hilfsquellen mehrten sich. Von der Beringstraße, wo von einer Insel eine Christkönigsstatue zur gegenüberliegenden sibirischen Küste schaut, bis nach Baffinland gibt es heute zahlreiche Missionsstationen im Höchsten Norden. Auf einem Gebiet, das vergleichsweise vom Rhein quer durch Rußland bis zur chinesischen Grenze reicht und in dem heute nur 174 000 Menschen wohnen (von denen allein auf Alaska 132 000 kommen), gibt es in den vier vom Polarkreis durchschnittenen Missionsgebieten der Kirche in Nordamerika 32 000 Katholiken, die von 102 Priestern betreut werden. Auch katholische Ordensschwestern sind hier in Jugenderziehung und Krankenpflege wenigstens an den ausgebauten Hauptstationen tätig, die näher der zivilisierten Welt liegen. Die erste Eskimo-Ordensfrau legte 1950 im Vikariat Hudson-Bay die ewigen Gelübde ab. Die neubekehrten Eskimos sind durchweg treue und zuverlässige Christen, obwohl sie oft nur ein bis zweimal im Jahre dem Priester begegnen. Durch Anpassung eines Silbenschriftsystems aus der Indianermission schuf Pater Ducharme OMI eine Eskimoschrift und damit die Vorbedingung für eine Eskimoliteratur, die heute in Schulbildung und Religionsunterricht unersetzliche Dienste leistet.

#### *Erleichterung durch die Technik*

Der Einbruch der modernen Technik (vor allem des Flugzeugs, der drahtlosen Telegraphie, des Rundfunks, des Schneeaautos, des elektrischen Lichtes, dazu die Einrichtung von Wetterwarndiensten) beginnen das Leben in der Arktis umzugestalten, wenn auch nur in beschränktem Maße. Denn auch die Technik wird die Unbilden der Natur und die Vereinsamung der Menschen in den Eiswüsten nicht ganz aufheben können. Der Flugdienst gestattet die Notverproviantierung von Stationen, die normalerweise alle Jahre durch ein Missions Schiff versorgt werden, er erleichtert die Navigation der Missionschiffe durch Treibeisfelder von der Luft aus, er ermöglicht den Austausch von Personal, regelmäßige bischöfliche Visitationen, Rettung Verunglückter und die Rückführung von Kranken über Tausende von Kilo-

metern weit (in die Hospitäler Nordkanadas. Pater Schulte OMI hat hier vor dem Kriege durch Einrichtung eines Flugdienstes und eigene Rettungsflüge Hervorragendes geleistet. Zwei Apostolische Vikariate im Norden haben eigene Wasserflugzeuge. Der Ausbau des Militärflugwesens in der Arktis und die ständigen Fortschritte auf technischem Gebiete, die hier gemacht werden, kommen auch der Zivillugfahrt zugute und damit schließlich auch den Missionen.

Es ist bekannt, daß die Arktis im Rahmen der Weltlage eine sehr hohe militärische Bedeutung erlangt hat. Ein paar Dutzend riesige Flugplätze, die für die schwersten Bomber zugänglich sind, umsäumen im weiten Bogen den Nordpol, der heute schon bei Routineflügen der amerikanischen und russischen Luftwaffe angefliegen wird, ohne daß jemand davon ein Aufhebens macht. Radarstationen umsäumen auf beiden Seiten das Eismeer. Man ist bemüht, stets neue Erfindungen zu machen, um größeren Massen von Menschen den Aufenthalt in diesen Breiten zu ermöglichen. Alles das dient gewiß nicht der Mission, fördert aber indirekt auch die Lebensmöglichkeiten auf dem zivilen Sektor. Wenn heute amerikanische und kanadische Soldaten schon in Igloos wohnen, die durch ein eingebautes Doppelzelt mit genialer Entlüftungsanlage heizbar gemacht wurden, ohne durch die Heizung den Schnee der Hütte zum Tauen und späterem Gefrieren zu bringen, wenn neue arktische Kleidung für die Soldaten eingeführt wurde, die sich ebensogut bewährt wie die Pelzkleidung des Eskimos, wenn Schneeaautos in ebenem Gelände vierzig Meilen pro Stunde zurücklegen können, so sind das alles Erfindungen, die auch den Missionen dienlich sind.

#### *Nachbarschaft Nordsibiriens*

Die Tatsache aber, daß die moderne Technik Rußland und Amerika gerade im Polargebiet gewissermaßen zu Nachbarn macht, kann auch unser Missionsdenken revolutionieren. Rußland hat die Nordpassage in einer unerhörten Anstrengung von Murmansk bis Wladiwostok ausgebaut. Millionen von Menschen sind an den Nordküsten Rußlands zum Teil in neuen Städten angesiedelt worden. Die Besiedlung dringt dank günstiger Verhältnisse bis über den Polarkreis vor. Das marxistische Heidentum hat sich auch hier ausgebreitet. Auch hier bereitet sich eine Missionsaufgabe vor, an die wir früher nicht denken konnten. Mitten aber unter diesen Neuheiten der Arktis leben Zehntausende von Katholiken aus Osteuropa, die dorthin verbannt wurden. Es sind Bischöfe und Priester darunter. Welche Missionsmöglichkeiten wird die Kirche der Zukunft im Bereiche der größten Polarmacht der Welt, Rußland, im höchsten Norden auf der anderen Seite der Erdkugel haben?

## **Ökumenische Nachrichten**

„Evangelische Romfahrt“ Auf der 44. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Stuttgart erklärte unlängst der württembergische Landesbischof D. Martin Haug im Sinne seines Vorgängers, des Altlandesbischofs D. Wurm, auch er möchte nicht das brüderliche Gespräch wieder verlieren, das zwischen den beiden Konfessionen anstelle zuweilen ungunstigen Gezänkes Platz gegriffen habe; aber mit höflichen Verbeugungen

voreinander sei es nicht getan. Es komme darauf an, „in der entgifteten Atmosphäre einander neu zu sehen. Die evangelische Kirche muß sich von der katholischen Kirche ernstlich nach der Einheit fragen lassen, aber auch ihrerseits eine ernste Frage an die andere Konfession werden.“ In einem Aufsatz über „das schwäbische Luthertum“ schreibt D. Haug zum Reformationsfest, in Schwaben habe die Heilige Schrift stets mehr gegolten als das Bekenntnis und man habe sich den Blick in die Ferne und die Weite, den gesamtdeutschen und ökumenischen Horizont bewahrt (Ev. Gemeindeblatt f. Württemberg 4. 11. 51).

In dem einen wie dem anderen Punkte wird D. Haug nun durch eine neue Schrift seines Pfarrers Richard Baumann abermals vor eine Entscheidung gestellt, ehe noch das „Lehrzuchtgesetz“ zur Anwendung gekommen ist, über das wir ausführlich berichtet haben (vgl. Jhg. 5, S. 511 f.). Baumann hatte bekanntlich vor gut einem Jahre in seinem Buch „Des Petrus Bekenntnis und Schlüssel“ das Zeugnis abgelegt, daß nach der Heiligen Schrift das Petrusamt als bleibendes, die Einheit der Grundordnung des Volkes Gottes garantierendes Amt von Christus gestiftet worden ist, und daß es als Gottes Wort für alle Zeit in Kraft steht. Dabei hatte er sich weitgehend auf die wissenschaftlichen Ergebnisse evangelischer Exegese des Neuen Testaments stützen können (vgl. Jhg. 4, S. 351 ff.). Auf Grund dieser Erkenntnis beschloß Baumann, sich durch Teilnahme an einer Pilgerfahrt gleich nach Beginn des Heiligen Jahres in Rom davon zu überzeugen, ob das Wort vom Fels wirklich Fleisch geworden und wirksam ist. Das neue Büchlein ist eine schlichte und lebendige Erzählung von dieser Romfahrt, und es kommt zu dem Schluß: Das Wort vom Felsen Petri lebt. „Wir streiten nicht gegen Gottes Wort, sondern wir gehorchen ihm. Wir sagen ja, und so gibt's eine Reformation für die Reformation. Und dann gibt's eines Tages die evangelische Romfahrt, nach der Schrift“, so wie Paulus nach Jerusalem ging (Evangelische Romfahrt, S. 167. Schwabenverlag Stuttgart. 170 S. 1951).

#### *Wahrheit und Illusion*

Wer dieses Buch, sicher eine der kostbarsten literarischen Früchte des Heiligen Jahres, unbefangen liest, wird ergriffen von der Echtheit seines Zeugnisses und von der einfältig-klugen Art, wie eine Menge Ärgernisse für die Evangelischen aufgelöst werden, z. B. das Rosenkranzgebet, die heilige Messe, sogar der Ablass und die Heiligen, bis hin zum päpstlichen Hofzeremoniell. Die Erklärungen geschehen fast beiläufig zwischenhinein, in immer neuen, immer tiefer schürfenden Anläufen und jeweils anknüpfend an die „Losungen“ des Tages wie an die jeweiligen Ereignisse der Fahrt. Zweifellos eine apologetische Kunst. Alles ist mit den Augen des Glaubens gesehen, auch die Kundgebungen des Papstes zum Heiligen Jahre, die den Text begleiten, auch die Dekrete zur Heiligsprechung. Es ist schwer zu sagen, wie dieses Buch auf evangelische Leser wirken wird. Wird nicht der eine oder andere dem Verfasser entgegenhalten, er habe die Dinge vielleicht doch zu einfach, zu ausschließlich von der Bibel her gesehen, er habe den lehrenden Papst oder besser die Lehren der Päpste übergangen, z. B. das neue Mariendogma, von dem so großes Ärgernis ausgeht, oder die Rechtsvollmachten des Primats in der Kirche? Das Buch scheint zwar vor der Verkündigung des Dogmas geschrieben, doch es ist ein Jahr danach veröffentlicht,

eine offenbar gewollte, aber nicht ganz überzeugende Unaktualität. Es gibt auch eine Stelle darin (S. 134), die von der Einheit mit Rom „bei Wahrung der von Gott gegebenen geschichtlichen Mannigfaltigkeit im Gottesdienst, in der Theologie und im Kirchenrecht“ spricht, und zwar im Zusammenhang mit den 156 Mitgliedern des „Ökumenischen Rates der Kirchen“. Darin steckt ein Würzelchen schlimmer Illusion. Baumann sollte es geschwind ausrotten, ehe eine harte Pfahlwurzel daraus geworden ist und die Pflanze Samen wirft; denn er hat zweifellos gewisse ekklesiologische Versuche katholischer Theologen falsch verstanden. Von diesen Mängeln seiner „Auswahl“ abgesehen, muß man gestehen, daß Baumann einen seltenen Glaubensdienst zur Umkehr leistet, der sicher nicht allein uns Katholiken hohe Achtung abnötigt. Möchte es dem Verfasser gegeben werden, auch die größeren Ärgernisse ebenso einfältig und tief aus seinem evangelischen Gewissen zur Auflösung zu bringen, damit seine Mahnung sich erfüllt und wir alle um Einen Altar versammelt sind. Für Baumann ist, wie er sagt (S. 149), die Entscheidung durch das fleischgewordene Wort vom Petrus zu Rom gefallen. Aber werden viele seiner schwäbischen Amtsbrüder schon überzeugt sein? Wird sein Landesbischof sich überwinden dürfen, diesen ehrlichen und tapferen Wahrheitssucher länger in der schwäbischen Landeskirche zur Weitung ihrer Horizonte wirken zu lassen?

#### **„Evangelische Aktion“ und deutsche Einheit**

Das Gespräch von Königswinter zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Vertretern der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) hat Anfang November stattgefunden, und die Tagespresse hat darüber das Nötige berichtet. Um der fortlaufenden Beobachtung willen müssen wir aber die Bedeutung dieses erfreulichen Ereignisses im Rahmen unserer Sicht würdigen. Die politische Notwendigkeit zu einer solchen Begegnung lag in der Tatsache, daß es eine Art evangelischer Fronde gegen die Bonner Regierung gibt, die leicht mit der Politik oder Haltung der EKD oder ihres Rates verwechselt werden konnte. Das war um so eher möglich, als der Berliner Kirchentag von bestimmten Kreisen — unbeschadet seines hohen pastoralen Wertes — politisch ausgewertet werden sollte in Richtung einer kirchlichen Vermittlungsaktion zwischen Bonn und der Ostzonenregierung. Nicht diese Zielsetzung, wohl aber die Art ihrer Durchführung mußte eine Spannung geradezu provozieren und hat daher unnötige Verstimmung verursacht. Es ist das Verdienst der Männer, die sich in Königswinter an einen Tisch setzten, die Atmosphäre gereinigt zu haben.

Die unmittelbare Ursache zu dem Gespräch war ein Beschluß des Rates der EKD, der im Oktober in Abwesenheit des in Jugoslawien weilenden Präsidenten D. Niemöller gefaßt wurde und Bischof D. Otto Dibelius beauftragte, den Regierungen in Bonn und Pankow die Auffassung des Rates über eine Wiedervereinigung Deutschlands vorzulegen. Das Wie war völlig der Erfahrung und Klugheit des Ratsvorsitzenden überlassen worden. D. Dibelius spielte mit offenen Karten und gab vorher in „Christ und Welt“ die Auffassungen des Rates bekannt. Die EKD sei sich, so schrieb er, in folgenden Punkten einig: „1. Die Kirche Jesu Christi ist eine Macht des Friedens und steht für den Frieden ein. 2. Die evan-

gelische Kirche steht für die Einheit Deutschlands ein.  
3. Die evangelische Kirche kann der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht das Wort reden.“ Sie werde zwar in keine Agitation dagegen eintreten, wenn es zur Wiedereinführung der Wehrpflicht käme, aber sie könne sie nicht befürworten. Zwar würden es sich evangelische Persönlichkeiten nicht nehmen lassen, über diese Fragen auf kirchlichen Veranstaltungen zu diskutieren; „denn sie greifen an unsere Existenz, und wo ist sonst eine Plattform, auf der man darüber frei von allen parteipolitischen Bindungen sprechen könnte? Aber es muß Klarheit darüber sein, daß alles einzelne, was da diskutiert wird, eine Angelegenheit des politischen Urteils und nicht der Glaubensüberzeugung ist und daß es keineswegs ‚christlich‘ ist, zu meinen, daß ein unverteidigtes Niemandsland dem Frieden mehr dient als ein Deutschland, das in einen größeren Verteidigungsplan eingebaut ist.“

*„Die Kirche verbindet — sie vermittelt nicht“*

Das ist in der Tat ungefähr die Linie, wie sie sich auf der Berliner Generalsynode vom April 1950 und dem Essener Kirchentag vom Herbst 1950 abgezeichnet hatte. Der Unterschied zu der Haltung der Gruppe Heinemann-Niemöller, der nachgesagt wird, sie strebe einen Sturz Adenauers und eine neue Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie an, liegt auf der Hand. Es darf daher beachtet werden, und es ist für die Haltbarkeit der Vertrauensgrundlage von Königswinter sicher nicht unwichtig, daß bei der Unterredung die eigentlichen Wortführer dieser Gruppe nicht zugegen waren, nämlich Dr. Heinemann und Präsident Niemöller. Es fehlten übrigens auch der Bundestagspräsident Dr. Ehlers und Landesbischof D. Hanns Lilje, letzterer wegen anderweitiger Beanspruchung. Anwesend waren außer D. Dibelius u. a. der leitende Landesbischof der „Vereinigten lutherischen Kirchen in Deutschland“ (VeLKD), D. Hans Meiser, Landesbischof D. Bender von Baden und Prälat Dr. Hartenstein für Württemberg. Allerdings steht wohl der ebenfalls anwesende Präses der Rheinischen Synode, D. Held, der Heinemann-Gruppe persönlich sehr nahe; denn gerade die Rheinische Synode hatte die entschiedenste Ablehnung der Wiederaufrüstung beschlossen. Dr. v. Thadden-Trieglaff, der eine eigene sachliche Linie vertritt, wohnte den Beratungen als Präsident der Kirchentage bei. Die Zusammensetzung der evangelischen Bundestagsabgeordneten, die an dem Gespräch von Königswinter teilnahmen, entsprach etwa dem CDU-Kurs der Regierung. Der Hauptsprecher war hier Dr. Gerstenmaier, der einen der „Fronde“ entgegengesetzten Kurs vertritt.

Das wesentliche Ergebnis der vertrauensvollen Aussprache, in welcher der Bundeskanzler die Grundzüge seiner Außenpolitik wie seiner Deutschlandpolitik darlegte, war die Bekundung seines vollen Verständnisses für das Anliegen des Rates der EKD, der als Treuhänder für die 18 Millionen evangelischer Deutscher der Ostzone eine entschiedene Politik der Wiedervereinigung Deutschlands mit allen gegebenen friedlichen Mitteln, d. h. auch unter Wahrnehmung aller vom Osten gebotenen Gesprächschancen fordert. Bischof D. Dibelius seinerseits betonte gegenüber früheren Mißdeutungen, die EKD habe nicht eine politische Vermittlerrolle zwischen West- und Ostdeutschland übernommen und wolle sich nicht in die politischen Lösungen und Prozeduren

einmischen. Es darf auch als Gewinn gebucht werden, daß in Zukunft der unglückliche Ausdruck „Remilitarisierung“ vermieden werden soll. Der Bundeskanzler aber wird einen Eindruck bekommen haben, wie ernst es den evangelischen Kirchenführern mit ihren Anliegen ist. Man kann vielleicht die Tiefe dieser Friedenspolitik und die dahinter stehende Kraft des Glaubens erst dann verstehen, wenn man weiß, welche Proben christlichen Bekennermutes alle diese evangelischen Kirchenmänner während der Nazizeit haben ablegen müssen. Die „Bekennende Kirche“ hatte in jener Zeit das prophetische Amt der Kirche gegenüber den Mächten wiederentdeckt und kräftig wahrgenommen. Das ist der Erlebnishintergrund mancher Programme und Agitationen, die den Unkundigen heute gar zu tagespolitisch oder gar schwärmerisch anmuten. Die politische Führung wird gut tun, sich über diese Imponderabilien, in denen ein beträchtliches Kapital an christlicher Substanz steckt, rechtzeitig unterrichten zu lassen.

„Die Kirche verbindet — sie vermittelt nicht“, das war die treffende Überschrift, unter welcher das „Sonntagsblatt“ den Bericht über Königswinter zusammenfaßte. Man möchte wünschen, daß Bischof D. Dibelius die maßgebliche Führung dieses Gesprächs, an dessen Erfolg wir alle interessiert sind, in der Hand behält.

**„Einheit der Doktrin?“**

Der Außenstehende, Katholik wie evangelischer Durchschnitts-laie, wird leicht geneigt sein, das große föderative Gebilde der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ als eine innere Einheit zu begreifen. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß zumindest der Block der „Vereinigten evangelisch-lutherischen Kirchen“ (Bayern, Hannover, Land Sachsen, Thüringen usw.) innerhalb der EKD ein stärker werdendes Sonderleben entfaltet, das auf lutherische Kreise in den Unionskirchen, d. h. Altpreußen wie Hessen, anziehend wirkt. Ein Zeugnis für die ersten Meinungsverschiedenheiten, die bekanntlich 1948 fast das Zustandekommen der Verfassung der EKD verhindert hatten, ist ein offener Brief des Landesbischofs D. Hans Meiser, München, an den Präses der „Kirche der Altpreußischen Union“, Dr. Lothar Kreyszig. Es ist die Antwort auf dessen Verteidigung der Union gegen einen Vorstoß D. Meisers vom 15. Februar 1950 (vgl. auch Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 301 f.). D. Meiser bestritt damals jener einst mit Gewalt erzwungenen Union aus lutherischen und reformierten Gemeinden die Daseinsberechtigung. Die Aufgliederung der Union nach dem Bekenntnis ist ein Ziel lutherischer Kirchenpolitik seit einem Menschenalter. D. Meiser macht neuerdings geltend, daß die Altpreußische Union nur ein Minimum an Kirchenleitung bei größter Selbständigkeit der Provinzialkirchen besitze, während die Gliedkirchen der VeLKD allmählich zu einer Gesamtkirche heranwachsen, deren Gesetzgebung vor den Gesetzen der Landeskirchen rangiere, und so allmählich die historisch gewordenen Grenzen der Gliedkirchen an Gewicht verlieren würden. Die Altpreußische Union hindere dagegen die notwendige Klärung des „Bekenntnisstandes“, auf welcher die Lutheraner bestehen müßten. „Die Augsburgische Konfession Art. VII proklamiert als einzige Grundlage für die Einheit der Kirche die Einheit der doctrina. Diese doctrina hat ihre Innenseite in dem theologischen Consensus, der uns bindet, soweit wir Lutheraner sein wol-

len, und ihre Außenseite in der Wortverkündigung an die Gemeinde . . .“

Gegenüber der Behauptung von Dr. Kreyssig, die lutherischen, reformierten und unierten Gemeinden hätten denselben Schlüssel zur Heiligen Schrift und seien „im Entscheidenden ihres Schriftverständnisses“ einig, erklärt D. Meiser: „Hier ist der Punkt, an welchem wir nicht zusammenkommen können. In der Intention auf das ‚sola scriptura‘ und das ‚sola fide‘ treffen wir zusammen. Hier herrscht ein Ausmaß an Gemeinsamkeit, das uns von anderen christlichen Kirchen trennt und als reformatorische Kirchen verbindet. Aber die Geschichte der Reformation hat gezeigt, daß es zur äußeren Verwirklichung einer vollen kirchlichen Gemeinschaft nicht genügt, schon in der Absicht einig zu sein, die ausschließliche Geltung von Schrift und Gnade zu wahren. Auch hier läßt sich das ‚Daß‘ einer Übereinstimmung nicht von dem ‚Wie‘ der näheren Darlegung trennen. . . . Die innerkirchlichen Auseinandersetzungen der Kirchenkampfzeit und der Nachkriegszeit haben es uns deutlich gemacht, daß die damit bezeichneten Unterschiede viel tiefer greifen, als wir gemeinhin in den letzten hundert Jahren gesehen haben. . . . Wir sind der Meinung, daß um den ‚consensus doctrinae‘ zwischen Lutheranern und Reformierten mehr als in den letzten 400 Jahren gerungen werden muß und daß das Gespräch über die Grundlagen unserer Verkündigung nicht aufhören darf, ja eigentlich erst richtig anfangen müßte. . . . Wir verweigern uns nicht, uns von den reformierten Brüdern immer erneut nach unserem Schriftverständnis und nach unserer Lehre fragen zu lassen. Wir weigern uns aber — und das ist unser entscheidender Einwand gegen jedes Festhalten an der Lehrunion! — so zu tun, als ob das Gespräch zwischen den Konfessionen stattgefunden habe und als ob ein ‚consensus de doctrina‘ erreicht sei. Die Einheit der Kirche steht auf dem ‚consensus doctrinae‘, nur auf diesem, nicht auf gleichen Kultusformen, nicht auf einheitlichen Verfassungsbestimmungen, nicht auf Maßnahmen dynastischer Kirchenpolitik, nicht auf gemeinsamen Erlebnissen wie im Kirchenkampf und nicht, — ich sage dieses Wort mit Überlegung! — auf der Gewohnheit! . . .“ (Aus „Ev.Luth. Kirchenzeitung Nr. 19 vom 15. Oktober 1951, S. 303).

**Aus der russisch-orthodoxen Eparchie in Deutschland**

Nach einjähriger Amtstätigkeit ist der Leiter der russisch-orthodoxen Eparchie in Deutschland, Erzbischof Benedikt, im September gestorben. Sein Tod wird als schwerer Verlust für die Kirche in der Emigration empfunden. Projekte von großer Tragweite, die der Festigung der Eparchie und ihrer Beziehungen zu den anderen orthodoxen Gruppen dienen sollten, hinterließ er unvollendet. Gleichwohl ist der Bestand der deutschen Eparchie mit ihrer kanonischen Unterstellung unter das sich jetzt in Amerika befindende Zentrum der russischen Auslandskirche von Erzbischof Benedikt in schwieriger Lage be-

hauptet worden. Unter den Beileidskundgebungen offizieller deutscher Stellen hebt das Schreiben des Pastors Heyer von der Evangelischen Akademie Schleswig den Verlust hervor, der durch den Tod des Erzbischofs für die Sache der Annäherung zwischen den Kirchen in Deutschland entstanden ist.

Zum vorläufigen Leiter der deutschen Eparchie ist Bischof Alexander (Lowtschy) von Kissingen bestellt, der bereits als Stellvertreter des verstorbenen Erzbischofs seinen Amtssitz nach München verlegt hatte. Bischof Alexander beteiligt sich seit längerer Zeit an ökumenischen Gesprächen.

Die seit Frühjahr 1949 von der Evangelischen Akademie Schleswig veranstalteten ostkirchlichen Treffen wurden im September fortgesetzt. Von orthodoxer Seite erschien dazu der Erzbischof Philotheus von Wiesbaden. In den Gesprächen, die hauptsächlich den apostolischen Charakter der Kirche betrafen, betonten die orthodoxen Vertreter mit Nachdruck, wie die orthodoxe Kirche allein den apostolischen Charakter der Kirche bis heute bewahrt habe. Das ist die Linie, auf die sich die deutsche Eparchie nach der von uns festgestellten strafferen Zusammenfassung ihrer Tätigkeit auch hinsichtlich des Gesprächs mit den anderen Kirchen festgelegt hat. Die seinerzeit im offiziellen Organ der Eparchial-Leitung empfohlenen Direktiven für das Verhalten gegenüber den Sekten gelten also auch gegenüber den anderen Kirchen. Die Apostolizität der orthodoxen Kirche, so sagte Erzbischof Philotheus, zeigt sich darin, daß in ihre Lehre seit den apostolischen Zeiten keinerlei Neuerung aufgenommen wurde. Der bewahrende Charakter der orthodoxen Kirche wurde von den orthodoxen Vertretern einerseits negativ gegenüber der römischen Kirche abgegrenzt, die die reine Apostolizität durch neue Dogmen verwischt habe, andererseits positiv gegenüber dem Verzicht auf die Tradition durch die evangelische Kirche. Die orthodoxe Kirchenleitung hielt es für notwendig, in dem letzten Heft ihres offiziellen Organs für die deutsche Eparchie eine Resolution über die ökumenische Bewegung abzudrucken, die vom Bischofskonzil der Auslandskirche angenommen worden war, das im November letzten Jahres in Amerika stattfand:

„1. Die orthodoxen Christen müssen die Heilige Ökumenische Orthodoxe Kirche als die eine und einzige Kirche Christi anerkennen.

2. Daher ist ihre Teilnahme an jedweder nichtorthodoxen religiösen Bewegung, Gesellschaft oder Organisation unzulässig.

3. Eine Zusammenarbeit mit Andersgläubigen auf sozialem und caritativem Gebiet ist bei Wahrung völliger Unabhängigkeit in Sachen des Glaubens und des Bekenntnisses möglich.

4. Die orthodoxen Christen müssen der Lehre Christi gemäß allen Menschen ohne Ansehung des Glaubens und des Volkstums Liebe und Wohlwollen entgegenbringen und sich bemühen, ihnen in ihren Nöten zu helfen.“